



BONNER
DIALOG

**« Wohlstand, Globalisierung,
Verantwortung »**

Gesellschaftspolitisches Engagement
für die Menschlichkeit

**FRIEDRICH
EBERT 
STIFTUNG**

BONNER
DIALOG

BONNER
DIALOG

BONNER
DIALOG

BONNER
DIALOG

BONNER
DIALOG

**BONNER
DIALOG**

**« Wohlstand, Globalisierung,
Verantwortung »**

Gesellschaftspolitisches Engagement
für die Menschlichkeit

Mittwoch, 17. November 2010
Friedrich-Ebert-Stiftung

ISBN 978-3-86872-656-5

© Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeber:
Friedrich-Ebert-Stiftung
Politische Akademie
53170 Bonn

Redaktion: Gisela Zierau
Fotos: Sepp Spiegl
Layout: Pellens
Kommunikationsdesign, Bonn
Druck: Druckerei Brandt GmbH,
Bonn

Printed in Germany 2011



Begrüßung

Anke Fuchs

Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung

Liebe Freundinnen und Freunde der Friedrich-Ebert-Stiftung, herzlich Willkommen zum Bonner Dialog. Wir freuen uns über das große Interesse an dieser Einladung. Wir wollen heute mit Heidemarie Wieczorek-Zeul einige Aspekte eines Themenkomplexes in den Blick nehmen, der allgemein mit „Globale Herausforderungen“ umschrieben werden kann, Herausforderungen, vor denen Deutschland, Europa und die Welt stehen. Ich begrüße Sie alle recht herzlich. Ich freue mich, dass Günther Grunwald da ist. Herzlich Willkommen! Und Katharina Focke ist da, herzlich Willkommen bei uns! Und natürlich begrüße ich Heidemarie Wieczorek-Zeul, herzlich Willkommen bei der Friedrich-Ebert-Stiftung hier in Bonn. Danke schön!

Lassen Sie mich ein paar Anmerkungen machen, weil das Thema „Globale Herausforderungen“ uns alle umtreibt. Und aus aktuellem Bezug auf das Wirtschafts- und Finanzsystem möchte ich einige Worte sagen. Wir haben es ja in diesen Tagen gehört und gelesen, weltweit schreiten die Öffnung und die Deregulierung der Märkte voran. China hat inzwischen Japan vom Rang der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt verdrängt und globale Geldschwemmen rütteln an den Grundfesten des internationalen Währungssystems. Banken sind nach wie vor gefährdet und die Schulden vieler Staaten explodieren. Wir wissen, dass die Herausforderungen gewaltig sind. Sie erfordern nichts mehr als neue Mechanismen und Regeln globaler Kooperation.

Nichts anderes war die Absicht der G-20-Staaten bei ihrem Treffen in letzter Woche in Seoul. Hier wurden Beschlüsse zum Umgang mit

währungspolitischen Ungleichgewichten gefasst. Wir alle sagen: War ja nicht viel und nicht richtig und nicht genug, aber immerhin, es sind erste Beschlüsse gefasst worden. Man kann von Ansätzen einer Weltinnenpolitik sprechen, was man heute Global Governance nennt. Und wir müssen alle lernen, uns die Dinge zu Eigen zu machen, weil sie für die politische Debatte wichtig werden. Gemeint ist damit die Notwendigkeit einer neuen Regierungsweise, die weltumspannende und alle Staaten, auch die Entwicklungsländer einschließende Politik der Zukunft. Sie verlangt die Bereitschaft zur Gemeinsamkeit.

Und bei dem Thema „Gemeinsamkeit und die Bereitschaft dazu“ haben wir schon alle die unterschiedlichsten Interessen im Kopf, die nicht zur Gemeinsamkeit führen könnten. Dennoch muss es gelingen, denn die in der Weltfinanzmarktkrise drastisch erlebte gegenseitige Abhängigkeit wird diese neuen Prozesse der globalen politischen Koordinierung befördern. Allerdings darf diese neue Gemeinsamkeit nicht die Kluft zwischen arm und reich vertiefen. Hier müssen Politik, Privatsektor und organisierte Zivilgesellschaft gemeinsam darauf achten, dass sich die so genannte erste Welt nicht mehr auf Kosten der Ärmsten bereichert.

Gesellschaftspolitisches Engagement für die Menschlichkeit ist das Paradigma der Zukunft, um einen sozialen Ausgleich zwischen den Globalisierungsgewinnern und -verlierern in Deutschland, Europa und weltweit zu erreichen. Gibt es dafür Hoffnung? Es heißt ja wohl Global Governance Architektur für das 21. Jahrhundert, darüber wollen wir gerne reden, und ich freue mich sehr, dass die Heidemarie zu uns gekommen ist. Du bist die profilierteste Entwicklungspolitikerin in Deutschland. Ich finde, da dürfen Sie wirklich klatschen. Deine Erfolge in der letzten Dekade als Bundesministerin sind nachhaltig und unmittelbares Ergebnis deines entwicklungspolitischen Engagements. Du hast dich immer wieder in Regierungserklärungen zum Stande der so genannten „Millennium-Entwicklungsziele“ der Vereinten Nationen geäußert und auf drohende humanitäre Katastrophen



hingewiesen, zum Beispiel in Afrika. Und deine Worte waren: „Dort bezahlen die Menschen für den Kollaps der Börse in der harten Währung, nämlich ihrer täglich bedrohten Existenz.“

Du hast trotz der Finanz- und Wirtschaftskrise den laufenden Etat des Entwicklungsministeriums für 2009 nicht nur verteidigen, sondern um 12% steigern können, gegen den erklärten Widerstand der FDP, die ja nun Entwicklungspolitik als Exportförderungspolitik allein instrumentalisieren will. Und du gehörst sicher zu den treibenden Kräften in Deutschland, die wollen, dass alle Menschen am Wohlstand dieser Erde teilhaben können. Friedenspolitik und Gewaltprävention sind politische Leitthemen deines Wirkens. Früh hast du die Notwendigkeit der gerechten Gestaltung der Globalisierung betont. Du bist eine überzeugte Europäerin, was gleich eine ganz besondere Rolle spielen wird, denn wenn Europa nicht handlungsfähig wird, werden wir die Welt nicht verändern können. Und deine Arbeit als Bundesentwicklungsministerin steht in der Tradition großer deutscher So-

zialdemokratinnen und Sozialdemokraten, wie Willy Brandt, Erhard Eppler und Marie Schlei. Wir freuen uns sehr auf deine Gedanken.

Wir als Friedrich-Ebert-Stiftung sind ja nun gewissermaßen selbst eine globale Institution. In mehr als 100 Ländern der Welt arbeiten wir vor Ort an Projekten zur Demokratieförderung des internationalen Dialogs und dem Schutz der Menschenrechte. Wir leisten Beiträge zur Debatte über die Zukunft der G 20 als Teil einer reformierten Global Governance Architektur für das 21. Jahrhundert. Globale Herausforderungen thematisieren wir regelmäßig in unseren Publikationen, Konferenzen und Dialogforen. Leider werden alle diese guten Gedanken von dem, der sie transportieren müsste, nicht immer entgegengenommen. Sie liegen dann da, wo sie eigentlich nicht hingehören; sie müssten eigentlich in unserem politischen Umfeld aktiver begleitet werden. Der Fokus unserer internationalen Arbeit liegt auf einer weltweiten größeren Gerechtigkeit und besseren Zusammenarbeit. Wir wollen an der Seite von Sozialdemokratie und Gewerkschaften einen Beitrag dazu leisten in Deutschland, in Europa, und weltweit einen fairen Ausgleich zwischen Gewinnern und Verlierern der Globalisierung zu erreichen. Wir wollen das und wir machen uns auf diesen Weg und freuen uns nun auf das Wort von Hedemarie Wiczorek-Zeul. Du hast jetzt das Wort! Danke schön!



Wohlstand, Globalisierung, Verantwortung

Heidemarie Wieczorek-Zeul, MdB
Bundesministerin a.D.

Ich freue mich, dass ich heute Abend bei Ihnen sein kann, und dass wir zu dem Thema diskutieren. Ich habe vorhin, als ich kam, zur Anke Fuchs gesagt am Buß- und Betttag habe ich bisher eigentlich auch immer Predigten gehalten, das passt also gut.

Ich denke, wir sollten gemeinsam zu Anfang überlegen, mit welchen globalen Trends wir eigentlich konfrontiert sind, weil ich den Eindruck habe, manchmal ist es in der Fülle der Nachrichten, Informationen, die auf Leute einströmen und auch manchmal der Tendenz der Berichterstattung für manche und auch für einen selbst schwierig, da sozusagen die Vision einerseits festzuhalten und umgekehrt die Schritte, die in diese Richtung gehen, dann auch so überzeugend darzustellen, dass es eine breite Unterstützung dafür gibt.

Ich darf zu Beginn noch mal sagen, ich freue mich ganz besonders, natürlich neben Ihrer Anwesenheit, dass Katharina Focke da ist. Alles, was ich entwicklungs- politisch gelernt habe, habe ich unter ihrer strengen Zucht im Europaparlament gelernt. Das war gut. Das ist wichtig, gerade die europäische Arbeit. Wir werden das sicher heute Abend auch gemeinsam besprechen, die europäische Arbeit ist eben sehr wichtig und wegweisend, wenn man die Aufgaben erfüllen will.

Ich darf zu Beginn noch mal sagen, ich freue mich ganz besonders, natürlich neben Ihrer Anwesenheit, dass Katharina Focke da ist. Alles, was ich entwicklungs- politisch gelernt habe, habe ich unter ihrer strengen Zucht im Europaparlament gelernt.

Also, wenn wir jetzt einmal überlegen, mit welchen globalen Trends sind wir konfrontiert? Einmal ist es so, die Anke Fuchs hat es eben



Dadurch, dass bei uns überall in den Bahnhöfen und anderswo „Aufschwung“, plakatiert von der Bundesregierung, zu lesen ist, ist noch kein Aufschwung erreicht.

angesprochen, dass durch die Finanzkrise, die Finanzmarktkrise, die Wirtschaftskrise erstens natürlich reale Erschütterungen stattgefunden haben, man darf sich da keine Illusionen machen. Dadurch, dass bei uns überall in den Bahnhöfen und anderswo „Aufschwung“, plakatiert von der Bundesregierung, zu lesen ist, ist noch kein Aufschwung erreicht. Die Wahrheit ist, der französische Ökonom Frédéric Lordon hat das vor wenigen Monaten noch mal konstatiert, insgesamt hat die Welt mit 11,4 Billionen US\$ in der Krise von 2008/2009 Stabilisierungsmaßnahmen unternommen, seien es die Stabilisierung der Banken, des Finanzsektors, aber auch natürlich zur entsprechenden Stabilisierung und Ankopplung der Konjunktur. 11,4 Billionen US\$! Und Professor Dullien, der in Berlin lehrt, und jemand ist, der auch mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, auch mit der Sozialdemokratie im engen Kontakt steht, hat vor wenigen Tagen darauf hingewiesen, dass unabhängig von allen anderen Maßnahmen, die die Bundesregierung ergriffen hat, allein durch die Veränderung des Bruttoinlandproduktes durch und in der Krise sozusagen jeder Deutsche mit 9.000 Euro betroffen ist.

Das macht natürlich deutlich, in welcher Situation wir sind, und dass sich die Leute natürlich überall bei uns, in jedem Land zu Recht die Frage stellen, wer zahlt das eigentlich, wer trägt da die Lasten, auf welche Schultern werden sie gepackt, diese Lasten, die da verursacht worden sind. Das ist, denke ich, ein Punkt, den wir bei der Frage

Finanzen und dergleichen auch noch einmal ansprechen müssen. Das ist eben extrem wichtig. Es ist das, was der Wiener Ökonom Stephan Schulmeister den neoliberalen Smog in den Köpfen der Regierenden nennt, und zwar der wirtschaftlich Regierenden, dieses Paradigma ist in der Tat, Gott sei Dank, muss man sagen, eben tatsächlich zurückgedrängt worden. Das ist richtig so. Aber die Frage, wie können wir in der Situation eigentlich zu neuer Gemeinsamkeit kommen, die steht, um es sehr diplomatisch auszudrücken, augenblicklich noch sehr offen im Raum. Man hat vor allen Dingen natürlich in der Realwirtschaft die Auswirkungen auch in den afrikanischen Ländern, obwohl die weniger durch den Finanzsektor in die Globalisierung eingebunden sind. Trotzdem hat es auch dort einen Verlust von Arbeitsplätzen, Verlust von Einkommen, von Möglichkeiten der eigenen Finanzierung gegeben. Und das wirkt sich natürlich sofort in der Steigerung der Zahl von Armen aus. Etwa 100 Millionen Menschen mehr, die in Armut sind, als das vorher der Fall war, ist eine der Auswirkungen.

Und der dritte Trend, den wir natürlich alle erleben, ist das, was wir in unserem Ministerium als die so genannten Ankerländer bezeichnet haben, oder auch Neuhochdeutsch die „Emerging Markets“, die natürlich wegen ihrer starken wirtschaftlichen Nachfrage ja sogar unseren Export beleben. Das, was wir als Aufschwung gut finden, und wovon wir auch sagen, das hat gute Auswirkungen, das ist ein Teil der Nachfrage aus Ländern wie China, aus Indien und die wirtschaftliche Belebung, die von dieser Seite her kommt. Und das drückt sich auch in den Veränderungen aus, die es zum Beispiel bei der Weltbank oder im IWF (Internationaler Währungsfond) bei den Anteilen, der Sitzverteilung und auch bei der Stimmverteilung gegeben hat, und das finde ich auch in Ordnung. Da hat es ein Stück Anpassung gegeben. Ich mache die Anmerkung, dass da allerdings die ärmsten Länder im

Das, was wir als Aufschwung gut finden, und wovon wir auch sagen, das hat gute Auswirkungen, das ist ein Teil der Nachfrage aus Ländern wie China, aus Indien und die wirtschaftliche Belebung, die von dieser Seite her kommt.

Gründe nicht wirklich mit vertreten sind, zu dem Punkt kommen wir später noch einmal zurück.

Wenn man sieht, wie in dieser Situation eigentlich die Gruppe von Ländern oder die Institution, die sonst die treibende Kraft war, aussieht, muss ich sagen, wenn man sich die Europäische Union im Moment ansieht, muss man tiefe Zweifel bekommen, und ich bin

Die ökonomische Situation in den USA haben wir alle sehr genau verfolgt, sehr starke Arbeitslosigkeit, besondere Schwierigkeiten, aber wenn wir jetzt mal die EU ansehen, fällt, denke ich, die Europäische Union wegen ihrer inneren Probleme zurück.

von Natur aus an sich eher optimistisch. Die ökonomische Situation in den USA haben wir alle sehr genau verfolgt, sehr starke Arbeitslosigkeit, besondere Schwierigkeiten, aber wenn wir jetzt mal die EU ansehen, fällt, denke ich, die Europäische Union wegen ihrer inneren Probleme zurück. Der Hintergrund ist meines Erachtens die wirklich falsche Orientierung auf die Frage, nur die Schuldenbremse – also jetzt im übertragenen Sinne – auf die anderen Länder, auf die EU-Mitgliedsländer zu übertragen, die falsche Konzentration darauf,

nur den Konsolidierungskurs durchzuhalten, weil dann die Frage, woher das Wachstum in einer größeren europäischen Union kommt, im Grunde unbeantwortet bleibt.

Da sind über lange Zeit Bildung, Umwelt und sozialer Zusammenhalt durch diese Grundtendenz mehrheitlich konservativer Regierungen zurückgedrängt worden, und ich möchte auch zugespitzt sagen, dass die große Mehrheit der europäischen Regierungschefs und auch Frau Merkel da kaum Leadership zeigen, und wenn sie es zeigen, dann in eine falsche Richtung. Das ist eine fatale Situation, denn gerade augenblicklich wäre es notwendig, in der Europäischen Union zu steuern und Orientierung zu geben; das Gleiche gilt auch bei den G 20. Und wenn man das jetzt auf die Bundesregierung bezieht, wenn man mal die Kanzler Revue passieren lässt, dann kann man meines Erachtens sagen, alle Kanzler zuvor haben in solchen Situationen gewusst, wo die Europäische Notwendigkeit und Ent-



Das heißt also eine Schwächung der Europäischen Union im Inneren, wie auch nach außen. Und damit ist ein Stück der Gestaltung, die eigentlich notwendig ist im Sozialen und Ökologischen, entfallen, oder sie ist jedenfalls gefährdet.

scheidung war und ist. Angefangen mit Willy Brandt, natürlich, Helmut Schmidt, Helmut Kohl, dann Gerhard Schröder, wenn ihr euch das noch mal mit mir gemeinsam so vor Augen führt. Das ist eine große Schwierigkeit. Das schwächt die Europäische Union im Verhältnis zu ihren Bürgerinnen und Bürgern, und es schwächt die Europäische Union natürlich auch nach außen, denn wenn jemand die treibende Kraft bei der Frage Anpassung an den Klimawandel, erneuerbare Energien, Kampf gegen den Klimawandel ist, dann ist es historisch und über alle Zeiten hinweg die Europäische Union gewesen. Man hat es auch bei der Millenniumskonferenz feststellen können, im September 10 Jahre Millenniumsentwicklungsziele, da wo sonst eigentlich die Mitgliedsländer, zumal die Entwicklungsminister aus der Europäischen Union, Druck gemacht haben, dass es vorangeht zugunsten der ärmsten Länder, ist jetzt viel beschlossen worden. Das ist auch nicht schlecht, aber der Impuls, wie das denn eigentlich jetzt finanziert und vorangebracht werden soll, der ist jedenfalls dabei nicht erfolgt. Das heißt also eine Schwächung der Europäischen Union im Inneren, wie auch nach außen. Und damit ist ein Stück der Gestaltung, die eigentlich notwendig ist im Sozialen und Ökologischen, entfallen, oder sie ist jedenfalls gefährdet.

Ich habe das jetzt nicht geschildert, um Sie zu deprimieren, aber man muss, wenn man sich eine Strategie überlegt, natürlich auch die Ausgangssituation schildern. Die USA ist in Bezug auf die Frage Klimawandel und die Notwendigkeiten, die in diesem Bereich sind,

jedenfalls für einen bestimmten Zeitraum eher noch mehr bremsende Kraft als das vorher der Fall war. Trotzdem, wenn wir die Trends anschauen, müssen wir sagen, dass schon jetzt die Gefahr besteht, dass eine Erwärmung um 2 Grad mit Mühe eingehalten werden kann, ja vielleicht sogar gar nicht verhindert werden kann. Und wir wissen auch, dass der Klimawandel die ärmsten Entwicklungsländer und die ärmsten Regionen besonders trifft. Wir wissen, dass extreme Wetterereignisse, Stürme, Niederschläge, Überflutungen und auch Dürren irreversible Schäden verursachen und sich eben immer auch auf die Menschen auswirken, und dass die Tendenz, dass Menschen in ihren Ländern ihre eigene Zukunft gestalten wollen, natürlich eher zurückgeht bzw. dass Ressourcenkonflikte steigen, und dass in Verbindung damit eben ein Teil von Industrie- und Schwellenländern relativ aggressiv versucht, sich zum Beispiel Ressourcen in Afrika zu sichern – angefangen vom Öl bis hin zu Riesenflächen (Stichwort Landgrabbing), Ländereien, die entweder für die Nahrungsmittelproduktion oder für andere Ressourcen von anderen Ländern genutzt werden und die dann praktisch für die afrikanische Bevölkerung nicht mehr zur Verfügung stehen. Das ist, denke ich, eine Entwicklung, die wirklich gefährlich ist, und die man unbedingt zur Kenntnis nehmen muss.

Meines Erachtens wäre das Allerwichtigste, auch unter dem Klimagesichtspunkt, dass es so etwas wie ein Bündnis geben sollte, mit den vorangehenden europäischen Ländern und auch mit afrikanischen Ländern, denn sonst (...) kann man sich nicht vorstellen, dass dabei irgendein vernünftiges und sinnvolles Ergebnis herauskommt.

Meines Erachtens wäre das Allerwichtigste, auch unter dem Klimagesichtspunkt, dass es so etwas wie ein Bündnis geben sollte, mit den vorangehenden europäischen Ländern und auch mit afrikanischen Ländern, denn sonst, wir werden ja Ende des Jahres die Konferenz von Cancun haben, sonst kann man sich nicht vorstellen, dass dabei irgendein vernünftiges und sinnvolles Ergebnis herauskommt. Das ist die Ausgangssituation. Ich habe dabei sicher viele Facetten gar nicht erwähnt. Aber mit dieser Ausgangssituation muss man natürlich rechnen, wenn es um die



Und ich bin auch ein bisschen stolz darauf, dass man zum Beispiel durch die Entschuldung der ärmsten, hoch verschuldeten Entwicklungsländer mit dazu beigetragen hat, dass in Afrika 32 Millionen Kinder mehr über die Zahl, die in die Schule geht, hinaus hat einschulen können.

Frage geht, wie man Globalisierung gestalten kann, wie man Wohlstand sichern und wie man eine friedliche und gerechte Welt erreichen kann.

Meines Erachtens ist der Leitfaden – und daran, denke ich, sollten wir alle Menschen in der Politik messen – dass wir bis zum Jahr 2015 die Millenniumsentwicklungsziele erreichen wollen und müssen. Das ist jetzt bewertet worden. Da hat es durchaus deutliche Fortschritte gegeben. Und ich bin auch ein bisschen stolz darauf, dass man zum Beispiel durch die Entschuldung der ärmsten, hoch verschuldeten Entwicklungsländer mit dazu beigetragen hat, dass in Afrika 32 Millionen Kinder mehr über die Zahl, die in die Schule geht, hinaus hat einschulen können. Und dass sie dann eine Perspektive für ihr eigenes Leben bekommen haben. Das heißt, es ist möglich, Fortschritte zu erreichen. Alle Millenniumsziele sind eigentlich – sagen wir mal, vor allem im Bildungsbereich – einigermaßen in der Annäherung, wobei das in Afrika, vor allem im südlichen Afrika, natürlich am schwierigsten ist, das ist auch klar.

Übrigens, es gibt große Fortschritte bei der Bekämpfung von HIV-Aids, das hätte ich persönlich mir überhaupt nicht vorgestellt, als ich angefangen habe, weil das schien so eine Katastrophe zu sein, die ganz schwer bekämpft werden konnte. Man muss sagen, die Ergebnisse sind jedenfalls so, dass die Infektionsrate zurückgegangen ist, und dass



Bei der Kindersterblichkeit hat es Fortschritte gegeben, aber dass es jetzt eben weltweit nicht mehr 11 Millionen Kinder sind, die ihr 5. Lebensjahr nicht erreichen, sondern 8 Millionen, da wage ich eigentlich nicht zu sagen, dass das ein Fortschritt ist. Das ist eine Reduzierung, aber es langt eben längst nicht.

heute eben sehr viel mehr Menschen die Möglichkeit zur Behandlung haben, und dass der globale Fonds – auch da, finde ich, können wir als Deutsche stolz sein – zur Bekämpfung von HIV, Aids, Malaria und Tuberkulose, seit er von Kofi Annan (damals auch mit unserer Unterstützung) eingerichtet worden ist, seit 2002 bis jetzt 6 Millionen Menschenleben gerettet hat. Das sind Menschen, die die Chance haben, dass sie ihre Kinder wieder ernähren können, dass sie ihren Beruf ausüben können, die den Kindern ihre Kindheit wieder lässt bzw. zurückgibt, also, das sind große Fortschritte, die möglich waren. Am schwierigsten ist es bezogen auf die Sterblichkeit von Müttern und die Kindersterblichkeit. Bei der Kindersterblichkeit hat es Fortschritte gegeben, aber dass es jetzt eben weltweit nicht mehr 11 Millionen Kinder sind, die ihr 5. Lebensjahr nicht erreichen, sondern 8 Millionen, da wage ich eigentlich nicht zu sagen, dass das ein Fortschritt ist. Das ist eine Reduzierung, aber es langt eben längst nicht.

Dann, bei der Bekämpfung der Müttersterblichkeit, da sind die Zahlen doch auch bedrückend; es ist bedrückend, dass jede Minute weltweit eine Frau entweder bei der Geburt stirbt oder an den Folgen der Geburt, an der Nichtbetreuung durch Hebammen, Ärzte oder dergleichen. Das ist, finde ich, eine Situation, da darf man nicht ruhen und rasten, sondern muss dazu beitragen, dass das geändert wird. Es

ist änderbar. Wir haben bei uns sowohl in der Entwicklungszusammenarbeit als auch in anderen Zusammenhängen dazu beigetragen, dass soziale Sicherungssysteme wie zum Beispiel der Zugang zu einer einfachen Krankenversorgung im Falle der Schwangerschaft und wenn das Kind zur Welt kommt, möglich wurden, wir hatten es in einer Region, mittlerweile ist das sicher auch ausgeweitet, in Kenia begonnen, und das hat dazu geführt, dass sich 70.000 Frauen bereit erklärt haben, sich zu beteiligen, und dass die Müttersterblichkeit drastisch reduziert worden ist. Also, es geht. Es braucht das Engagement, es braucht das gleiche Handeln, und, vor allen Dingen: Es braucht keine Heuchelei. Die Sprüche bei den Konferenzen müssen dann auch wirklich in der Praxis umgesetzt werden.

Ich habe mit Entsetzen gesehen, dass die Mittel, die in New York bei der Konferenz eigentlich für den globalen Fonds Anfang Oktober zugesagt worden waren, jetzt im Haushalt (jedenfalls nicht in dem Umfang) zugesagt oder eingehalten worden sind; da sind keine Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen, was eine Katastrophe ist, und unzuverlässig obendrein. Wenn wir etwas zusagen, dann müssen wir das auch einhalten, dann müssen wir auch dafür stehen. Das heißt, wenn wir den Rahmen nehmen, um den es hier geht, meine ich, erstens müssen wir die Finanzzusagen einhalten – das ist ja so schwer nicht, wenn man sich überlegt, wie viele Mittel zur Sicherung des Finanzsektors eingesetzt worden sind, und dass wir bei allen Sparmaßnahmen im Militär immer noch 1,3 Billionen US\$ für Rüstung ausgeben weltweit – übrigens so viel wie im heißesten Kalten Krieg! Also, wenn man das alles nimmt, dann, glaube ich, ist das, was jetzt für Entwicklungs-

Ich habe mit Entsetzen gesehen, dass die Mittel, die in New York bei der Konferenz eigentlich für den globalen Fonds Anfang Oktober zugesagt worden waren, jetzt im Haushalt (jedenfalls nicht in dem Umfang) zugesagt oder eingehalten worden sind; da sind keine Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen, was eine Katastrophe ist, und unzuverlässig obendrein.

Man wird sagen können, um das 0,7%-Ziel zu erreichen, und um auch die Mittel für die Anpassung an den Klimawandel und für erneuerbare Energien zu mobilisieren, dass ein Umfang von rund 800 Milliarden USDollar über die Jahre hinweg insgesamt international notwendig ist, aber das ist verglichen mit all den anderen Zahlen eigentlich eine Zahl, die leistbar, die machbar ist.

zusammenarbeit und für die Aufgaben, die ich eben skizziert habe, genommen werden muss, vergleichsweise gering. Man wird sagen können, um das 0,7%-Ziel zu erreichen, und um auch die Mittel für die Anpassung an den Klimawandel und für erneuerbare Energien zu mobilisieren, dass ein Umfang von rund 800 Milliarden US\$ über die Jahre hinweg insgesamt international notwendig ist, aber das ist verglichen mit all den anderen Zahlen eigentlich eine Zahl, die leistbar, die machbar ist.

Da bin ich wieder an dem Punkt, an dem sich die Frage stellt: Wer schultert eigentlich die Lasten? Und ich war schon immer eine Anhängerin – auch als manche bei uns noch die Stirn gerunzelt haben, wenn ich das vorgeschlagen habe – ich war schon immer eine Anhängerin einer Finanztransaktionssteuer, die dazu führt, dass eben die Privilegierung des Finanzhandels, der ja ohne jede Umsatzsteuer ist, eine reine Privilegierung eines Sektors, dass eben diese Privilegierung endlich beseitigt wird, und dass weltweit (oder jedenfalls europäisch) die Mittel mobilisiert würden, die wir dringend brauchen, um sie in Bildung, in Arbeit und im Klimawandel zu investieren. Als ich im Jahr 2002 bei der Konferenz von Monterrey das vorgetragen habe, diese Finanztransaktionssteuer, hatte ich nur zwei sehr unterschiedliche Bündnispartner. Der eine war der französische Präsident Chirac und der andere war der kubanische Präsident Castro. Also drei waren das damals. Heute wird das im IWF diskutiert. Heute ist die Diskussion über die Frage, wie der Finanzsektor einbezogen wird, eine Diskussion, die alle führen. Aber wir dürfen nicht nur diskutieren, sondern es müssen dann auch Konsequenzen, insbesondere finanzielle Konsequenzen gezogen werden.



(...) Dass regionale Organisationen gestärkt werden, die Afrikanische Union zum Beispiel, die doch Fortschritte gemacht hat, die man sich manchmal nicht vorstellen konnte. All das ist ja eigentlich auch der Versuch, das nachzubilden, was die Europäer historisch erreicht haben, nämlich Friedenssicherung durch Zusammenarbeit.

So, vielleicht noch mal ein paar Punkte zu den großen Aufgaben, die wir in den nächsten Jahren anpacken müssen, die gehören ja mit zu den Perspektiven. Die europäische Erfahrung, Katharina, Friedenssicherung durch Zusammenarbeit, die Erfahrung, die wir mit Willy Brandt gemacht haben, die wir in der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa gemacht haben, diese Erfahrung ist eine, die wir sehr viel stärker exportieren sollten, und zwar eben auch weltweit. Ich nenne jetzt nur in Stichworten, was da eigentlich notwendig ist. Das eine ist, wir haben einen Beschluss der UN, mit Unterstützung der US-Bundesregierung eine atomwaffenfreie Zone im Nahen Osten voranzubringen, und zwar mit einer Konferenz im Jahre 2012. Das ist durchaus eine Perspektive, die nicht so weit entfernt ist. Und überhaupt, die Chance, im Bereich der Atomwaffen Reduzierungen zu erreichen, wenn das auch jetzt bei dem NATO-Vertrag, der am Freitag ja wieder beraten und verhandelt wird, nicht so weitgehend sein wird, wie wir das eigentlich wollen. Dass regionale Organisationen gestärkt werden, die Afrikanische Union zum Beispiel, die doch Fortschritte gemacht hat, die man sich manchmal nicht vorstellen konnte. All das ist ja eigentlich auch der Versuch, das nachzubilden, was die Europäer historisch erreicht haben, nämlich Friedenssicherung durch Zusammenarbeit.



Die G 20, Anke hat das angesprochen, ist der Versuch, andere einzubeziehen. Ich bin trotz allem der Meinung, wir müssten darüber hinaus eben – und zwar von Anfang an, nicht als geduldete oder mal eingeladene Gäste – die Afrikanische Union, afrikanische Länder von vornherein mit einbeziehen.

Dann zur Frage, was sollten wir eigentlich, was müssen wir weltweit versuchen, voranzubringen, auch wenn die Ausgangssituationen so sind, wie ich sie zu Anfang beschrieben habe? Das eine ist etwas, das Joe Stieglitz, in dessen Kommission ich habe mitarbeiten können, „Global Coordination“ nennt; das ist notwendig, anstatt von „Competitive Devaluation“. Das ist ja das, was wir im Moment erleben. Wir erleben ja eigentlich neue Formen. Der Protektionismus über den Handel hat ausgedient. Also ausgedient nicht, aber stattdessen erleben wir neue Formen, wie in der Krise ein Land zu Lasten des anderen versucht, sich Vorteile zu verschaffen. Und die Abwertung ist eine der Formen, mit denen eben Regierungen versuchen, gegenüber den anderen ihre eigene Situation zu verbessern. Das ist verhängnisvoll. Wir müssen aufpassen, dass wir nicht erstens in eine, sagen wir mal, Desintegration der Europäischen Union kommen, und dass wir auch die Strukturen, die notwendig sind, um globale Entwicklungen zu steuern, erhalten, oder sie vielmehr noch ausgeweitet werden.

Die G 20, Anke hat das angesprochen, ist der Versuch, andere einzubeziehen. Ich bin trotz allem der Meinung, wir müssten darüber hinaus eben – und zwar von Anfang an, nicht als geduldete oder mal eingeladene Gäste – die Afrikanische Union, afrikanische Länder von vornherein mit einbeziehen, denn wer nicht selber am Tisch sitzt, wenn die Finanzminister alles vorbereiten, der kann im Grunde dann nachträglich vielleicht noch einen Satz in der Erklärung ändern

oder auf dem Foto einen schönen Eindruck machen, aber real, die Beschlüsse, werden dann tatsächlich nicht in dem Maße erfolgen, wie das notwendig ist. Das heißt, ich plädiere dafür, und eine Chance besteht, auch wenn Sie das vielleicht für ganz und gar visionär oder vielleicht sogar unrealistisch halten, trotzdem, wir dürfen auch nicht die UN aus diesen Entwicklungen herauslassen, denn es gibt viele Länder, die sagen: „Wir gehören den G 20 nicht an, warum sollen wir eigentlich das umsetzen, was die da beschließen.“ „Was ist mit den G 172?“, sagen die dann, oder „was ist mit den G 192“, also alle Mitgliedsländer. Und eine Chance bestünde meines Erachtens auch, wenn die Generalversammlung stärker wäre; die haben im Moment einen Präsidenten, den Schweizer Joseph Deiss, der diese Frage nach Global Economic Governance Koordination zu einem Thema machen möchte und da auch handeln will und Instrumente sucht.

Dann könnte nämlich auf die G 20 Einfluss genommen werden. Dann könnte es neue Koordinierungsmechanismen geben. Und jenseits all dessen plädiere ich dafür, und ich hoffe, dass ich es noch erlebe, dass wir einen UN-Sicherheitsrat für soziale und ökonomische Fragen, soziale und wirtschaftliche Fragen erreichen. Der UN-Sicherheitsrat, der sich jetzt mit der Sicherheit beschäftigt, ist ja, sagen wir mal, auch nicht mehr der neuen Situation entsprechend. Da sind ja auch Reformen angedacht. Aber im Bereich der wirtschaftlichen und sozialen Fragen gibt es eigentlich nur einen Flickenteppich unterschiedlicher Organisationen. Und schon Jacques Delors hat vor vielen Jahren einen solchen UN-Sicherheitsrat für globale, soziale, ökonomische und auch ökologische Fragen vorgeschlagen, in dem hochrangig alle Regionen und auch die internationalen Finanzinstitutionen vertreten sind. Das wäre meines Erachtens das Ziel auf der institutionellen Seite, das wir eigentlich anstreben müssen, und

Und jenseits all dessen plädiere ich dafür, und ich hoffe, dass ich es noch erlebe, dass wir einen UN-Sicherheitsrat für soziale und ökonomische Fragen, soziale und wirtschaftliche Fragen erreichen.

das wir versuchen sollten, zu erreichen. Da wäre eben nicht nur Konsolidierung bei den Finanzen die Perspektive, sondern auch Investieren in die Zukunftsaufgaben. Jeder weiß, welche Investitionen in Entwicklungsländern notwendig sind unter dem Gesichtspunkt Green Investment. Da gemeinsam etwas voranzubringen, zum Beispiel über Anleihen, die die Europäische Union in Gang setzten könnte, ist meines Erachtens auf der Tagesordnung, und wir sollten uns dafür engagieren.

Vielleicht zum Schluss noch mal, damit die Vorstellung auch wirklich deutlich ist, was an Leistungen zu erbringen und notwendig ist. Wir brauchen in der Tat – das haben wir schon vor Jahrzehnten gesagt, das war der Grund, warum wir uns für Europa engagiert habe – wir brauchen einfach, wenn wir steuern und gestalten wollen, globale Regeln. Wir brauchen solche Instrumente, und die Europäische Union ist eigentlich eine solche Institution, die dazu auch schon gesetzliche Möglichkeiten hat. Um was geht es? Es geht einmal darum, schrittweise globale Rechtsstaatlichkeit voranzubringen, weltweit gesehen Straflosigkeit zu verhindern, dem internationalen Gewaltmonopol schrittweise zu seinem Recht zu verhelfen und seine Durchsetzung zu erreichen. Da gibt es durchaus Fortschritte, aber unter vielen Gesichtspunkten ist auch noch viel zu tun.

Dann die Regulierung der Finanzmärkte. Da geht es um die Frage der Aufsicht. Da gibt es jetzt auch Fortschritte, ein bisschen jedenfalls. Den TÜV, den die USA beschlossen haben, und die immer noch offene Finanztransaktionssteuer, dann natürlich soziale Regeln, die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) voranzubringen, freie Gewerkschaften, keine Diskriminierung, keine ausbeuterische Kinderarbeit, keine Zwangsarbeit. Die Regeln zu verallgemeinern, die Menschenrechte eben auch verpflichtend zu machen für Unternehmen, die in Entwicklungsländern tätig sind, oder was die ILO die „decent work agenda“ nennt. Das sind keine Exportartikel, an denen nur wir interessiert wären, sondern die Men-



Es müssen, und das ist zwingend für alle Länder, bis 2050 mindestens 80% im Verhältnis zu 1990 die Treibhausgasemissionen gesenkt werden.

schen in den Entwicklungsländern selbst haben ein hohes Interesse daran, dass es solche Regeln gibt, die schrittweise ausgeweitet werden, denn es geht ja um die Frage sozialer Regeln in der Globalisierung, soziale Regeln, um den globalen Kapitalismus zu zähmen, zu bändigen, wie das der Sozialstaat im Nationalstaat geleistet hat.

Und letztlich natürlich ökologische Regeln, das habe ich eben mit angesprochen. Es müssen, und das ist zwingend für alle Länder, bis 2050 mindestens 80% im Verhältnis zu 1990 die Treibhausgasemissionen gesenkt werden. Und das muss natürlich differenziert sein, und an der Stelle möchte ich doch auch noch einmal ein Dankeschön an Hermann Scheer sagen, der diese Themen wirklich in einer Zeit begonnen hat zu diskutieren, als manche noch tief geschlafen haben, der uns manchmal auch auf die Nerven gefallen ist damit, aber er hatte Recht, uns damit auf die Nerven zu fallen. Und ich freue mich, dass ich ihn habe mit unterstützen können mit meiner Arbeit im Bereich erneuerbare Energien. Er hat da wirklich klasse Arbeit geleistet. Dafür möchte ich ihm noch einmal sehr herzlich danken.

Wenn wir uns nun wieder der Ausgangssituation zuwenden, Stichwort große Aufgaben, dann stellt sich die Frage, wo ist eigentlich die Diskussion zu diesen Themen? Die ist hier in diesem Kreis, wenn man jetzt einmal die deutsche Debatte nimmt, erstaunlich kleinteilig. Ich habe großes Verständnis dafür, dass natürlich die scheinbar kleinen Probleme auch alle diskutiert werden müssen, aber diese großen Fra-

gen bedürfen meines Erachtens doch erst recht der sorgfältigen Diskussion. Sie brauchen vor allen Dingen das Engagement von Menschen, denn ohne das Engagement von Zivilgesellschaft, von Gewerkschaften, von Kirchen werden wir die Millenniumsentwicklungsziele nicht erreichen, werden wir es nicht schaffen, von militärischen Seiten zu zivilem Engagement umzugewichten, und das ist eigentlich die große Aufgabe. Und meinem Verständnis nach ist jedenfalls die Sozialdemokratie die Partei, die da vorgedacht hat, die in ihrer Geschichte gezeigt hat, dass sie die Frage der sozialen Regeln, der Friedenspolitik in ihrer Praxis verankert und umgesetzt hat, und deshalb sind das auch historische Aufgaben, die vor uns liegen. Es ist schwieriger geworden, aber Gerhard Schröder hat mal in der ihm eigenen Art gesagt „Wenn es einfach wäre, könnten es andere machen“. Also, Sie alle sind aufgerufen, sich gemeinsam mit uns und mit vielen, vielen Menschen auch weltweit – man kann sich ja heute gut vernetzen, Gott sei Dank – zu engagieren, damit wir solche Ziele erreichen können, und damit wir in 10, in 20 Jahren sagen können, in einer schwierigen Situation haben wir doch umsteuern helfen und neue und gute Perspektiven erreichen können.





BONNER
DIALOG

BONNER
DIALOG

BONNER
DIALOG

BONNER
DIALOG

BONNER
DIALOG

Impulse für die Zukunft der Republik

Der Bonner Dialog der Friedrich-Ebert-Stiftung führt herausragende Persönlichkeiten und Impulsgeber des öffentlichen Lebens zu Fragen der Grundwerte und zu Zukunftsthemen der Gesellschaft zusammen.

ISBN 978-3-86872-656-5